

Volkstimme

Einzelnnummer 30 Pfg.

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17.
Fernr. 6802. Sprechstunde täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“, sowie wöchentlich abwechselnd: „Die Frauenwelt“ und „Für die arbeitende Jugend“.

Verlag: S. Engelmann, Halle, G. Mittelstr. 21.
Fernr. 5407. Postfach Nr. 11092

Nr. 221

Verlagspreis: Durch Postträger jährlich monatlich 6.00 Mk. einschließlich Porto. Für Zahler 5.50 Mk. Durch Vorbestellung im Vierteljahr 18.—, monatlich 6.00 Mk. einjährig 60.—.

Halle, Mittwoch, den 21. September 1921

Anzeigenpreis: 200 abgefragt. Anzeigenzeit kostet das Zeilenstück 60 Pfg. bei beständigem Platz. Bei langfristiger Anzeigenscheinung 50 Pfg. pro Zeile. Bei langfristiger Anzeigenscheinung für die nächste Ausgabe umgerechnet 9 Uhr.

5. Jahrgang

Regierungsbereit!

Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die eine Kabinettsbildung mit der Deutschen Volkspartei ermöglicht, mit 290 gegen 67 Stimmen in Götting angenommen.

Es ist von vornherein auf die große Bedeutung des Parteivertrages unserer Partei hingewiesen worden. Der bisherige Verlauf hat diese Ansicht bestätigt. Die Gegner wollen ihn sogar zu einer Art Senfation humpeln, namentlich im Hinblick auf die Stellungnahme der Partei zur Frage der Regierungscoalitionen, die gegen Kassel allerdings eine bemerkenswerte andere ist. Es wird von allen Tageszeitungen mit besonderem Eifer jede Verneuerung bekannter Parteigenossen herangezogen, an denen man glaubt nachweisen zu können, die Partei werde sich mit allem Eifer in die Arme der deutschen Volkspartei. So steht ja die Sache nun nicht, aber es wäre Befriedigung, wenn man auch nur mit so wenig Geräusch wie möglich über die Tatsache hingehen, daß die Delegierten des jetzigen Parteivertrages in ihrer großen Mehrzahl den Gedanken einer Regierungsbildung unter Umständen auch mit der deutschen Volkspartei garrichtig ablehnend gegenübersehen, wie es noch in Kassel zu verzeichnen war. Doch dazu wird noch weiter unten etwas zu sagen sein.

Zunächst muß auf eine andere gleich bedeutende Tatsache hingewiesen werden. Nach dem Wahlspruch „Jeder lehre vor seiner Tür“, ist der Parteivertrag mit bemerkenswerter Tatkraft daran gegangen, die inneren Fragen der für das Dasein der Partei von großer Bedeutung sind, zu erörtern und zu lösen. Es zeigt sich kein hingehängenes Jagen, kein „auf die lange Bank schieben“. Ein Zeichen der gefundenen Stärke der Partei, mit der sie der ihr wartenden Arbeit gegenübersteht. Schon diese Tatsache, die Arbeitsfreudigkeit zeigt, daß die Partei nicht im geringsten vor einer Krise steht, wie es der „Klassenkampf“ geltend gemacht konstatieren zu können. Trotz der Meinungsverschiedenheiten, die bestehen, wird daher der Parteivertrag die geselleneren Partei hinterlassen wie je zuvor. Mögen die Fragen, die dort behandelt und entschieden werden, eine Mehrheit finden, welche es auch sei, seine Entscheidung, auch nicht die über die Resolution des Parteivorstandes, wird die Partei in ihrem Wirken für das arbeitende und notleidende Volk zerpfücken oder ohnmächtig machen.

Die Art aber wie die Partei an die Bewältigung ihrer eigenen Arbeit geht, bietet zu gleicher Zeit die Gewähr, daß sie auch die Arbeit, die im Staats- und Wirtschaftsleben der Partei, mit derselben Entschlossenheit, wie in der nächsten Zukunft in Angriff nehmen wird. Sie wertet sie an schlagenden die von den bürgerlichen Zeitungen die zum Erdbeben widerlegten Behauptungen von der Unfähigkeit der Sozialdemokratie zur Verwaltungsarbeit. Wer seine eigenen Verwaltungsgeschäfte in so vorbildlicher Form erfüllt, der braucht sich vor der Übernahme anderer nicht zu fürchten und das Volk wird nicht schief dabei fahren.

Und nun noch einige Worte zur Angelegenheit des Eintritts in die Regierung gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei. Die übergroße Mehrheit der Genossen des Bezirks Halle-Merseburg lehnen ein solches Arbeitsgemeinschaft ab, aus Gründen, die in der Stellung und im Verhalten der Deutschen Volkspartei selbst liegen. Sie können aus einem so zusammengesetzten Kabinett nichts Erhebliches für die Bevölkerung erwarten, deren Wohl und Wehe ihnen am Herzen liegt, erwarten. Es ist aber selbstverständlich für sie, daß sie einen Mehrheitsbeschluß des Parteivertrages nicht einfach als Luft behandeln werden, es ist auch selbstverständlich, daß nichts im Bezirk dieser Beschluß eine der erwarteten Kräfte heranzuziehen wird. Die Parteigenossen werden einfach die Folgen der Annahme dieser Resolution in ihrer Wirkung auf die Regierungsbildung abwarten und da wird sich zeigen, daß die Wirkung dieselbe ist, als wenn die Partei selbst grundsätzlich das Zusammengehen mit der D. V. P. abgelehnt hätte. Die Entscheidung wird dabei eben der Volkspartei selbst ausgehen, und wenn wir aus dem Charakter derselben in unserem Bezirk schließen wollen, wird ihr Verhalten das gleiche sein wie bei der preussischen Kabinettsbildung. Sie wird ein Einsehen auf die aufgestellten Forderungen der Sozialdemokratischen Partei überhaupt, ablehnen, womit die Partei über den Punkt, den Block der Mitte, wie die bürgerliche Presse begeistert schreibt, kurz und schmerzlos hinweg ist.

Die große Bedeutung aber die Möglichkeit eines Blockes der Mitte besteht darin, daß der Parteivorstand die Regierungsbildung in vollem Umfange als eine taktische, nicht als grundsätzliche Frage hinstellt und aus diesem Anlaß eine Art Verstoß unternimmt, um der Partei eine bessere Stellung bei künftigen Verhandlungen zu geben.

Die Resolution des Parteivorstandes und der Kontrollkommission

zur Frage der Regierungsbildung hat folgenden Wortlaut:
In der deutschen Republik geht alle Regierungsmacht vom Volke aus. Jede Partei hat die Möglichkeit, entzweihend ihren Anfang in Worte, die Richtlinien der Regierungspolitik zu beeinflussen, was an wirksamsten durch Teilnahme an der Regierung der Republik geschehen kann. Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeder ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsordnung und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis sie imstande ist, die ganze Regierungsgewalt allein zu übernehmen, sondern sie muß versuchen, auch vorher schon zur Sicherung der republikanischen, demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Wege zu setzen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näherzukommen. Das ist jetzt um so mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die Spannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien in Reich und Ländern in der Regierung zusammenzutreten, wenn mit dieser Parteien eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:
Anerkennung und Berechtigung der Republik — Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde — Demokratisierung der Verwaltung und Neuorganisation der Reichsregierung und der Provinzialverwaltung — Sicherung und Ausbau der Sozialgesetzgebung — Verwirklichung der Arbeiterverfassung — Erfüllung des Friedensbittens in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufhebung der dadurch bedingten Leiden in erster Linie durch weitestgehende Herabsetzung des Lebenslohn — Am übrigen soll der Parteivorstand unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage im Benehmen mit den in Frage kommenden Parteien über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung entscheiden.

Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes

Kortsetzung der Montagsitzung.

Franz Krüger (fortfahrend):

Eine bestimmte Garantie von einer überwiegend bürgerlichen Regierung, noch dazu mit der D. V. P., hätten wir schließlich die Verantwortung fragen müssen für das, was anders oben an unserer Einfluss zu tun. Die Arbeiter der Landtagspartei haben uns nicht bewiesen, wie wir es klüger und staatsmännlicher hätten tun können. Aber die Frage der Beteiligung an der preussischen Regierung ist damit nicht endgültig erledigt. Sie ist heute aktueller als je. Gerade jetzt in dieser Krise müssen wir mit aller Klarheit versuchen, die bürgerlichen Parteien zu zwingen, mit uns unter für uns annehmbaren Voraussetzungen zu regieren. Die Sozialdemokratie kann heute die Vertreibung unserer Grundgedanken, der Republik und der Demokratie, nicht aus der Hand geben. Wir müssen alles daran setzen, auf die deutschen Regierungen maßgebenden Einfluss zu gewinnen. Gewiß ist die Arbeiterfraktion die einzige zuverlässige Stütze der Republik. Aber wir müssen für sie noch die Arbeiter, Angestellten und Beamten in den bürgerlichen Parteien gewinnen und überhaupt alle zusammenfassen, die bereit sind, ehrlich für die Republik einzutreten. Wir werden dem Kampf nicht aus dem Wege gehen, wenn er uns aufsummen wird, aber wir werden ihn nicht leichtfertig herbeiführen, wenn wir dem deutschen Volk solche ungeheuren Leiden und Opfer sparen können.

Wir sind bereit, an künftigen Koalitionsverhandlungen teilzunehmen und heißen diese bereitwillig an seine bestimmte Forderungen.

Wir können weder sagen: Wir denen und denen unter allen Umständen, aber auch nicht unter allen Umständen. Nicht auf dem Namen kommt es an, sondern darauf, welche Politik die Regierung treiben wird. Die Entwicklung der einzelnen Parteien ist noch nicht abgeschlossen und verläuft in den verschiedenen Ländern verschieden. Im Zentrum haben die Arbeiter schon wieder sehr an Einfluss verloren. Die Demokraten sind auf dem besten Wege, die alte, verhasste Fortschrittspartei zu werden. Sozialisierung und Reformen kann man schließlich mit Erreinem noch weiter beraten, als mit Gewalt, der darüber überhaupt nicht zu sprechen ist. Vor allem sind die Demokraten als Partei bedeutungslos geworden. In der Deutschen Volkspartei liegt eine Strömung, infolgedessen die Deutschen wollen eine andere will gemeinsam mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen die Arbeiter und Deutschen wieder aufbauen. Hinter einer produktiven, arbeitsfähigen Regierung,

die jetzt noch keine Mehrheit hätte, müssen möglichst alle produktiven Kräfte stehen. Deshalb müssen wir ein Programm aufstellen, mit dem wir Koalitionen eingehen können, und in diesem Mindestprogramm alles aufweisen, was sich bei den bürgerlichen Parteien nicht durchsetzen läßt.

In einer solchen Koalition läßt sich keine sozialistische Politik treiben, wohl aber die Republik erhalten.

Die bisherigen Erklärungen der D. V. P. nach dieser Richtung sind ungenügend. Sie muß sich nicht nur bereit erklären, Republik und Verwaltung zu schützen, sondern auch die monarchistische Propaganda im Lande einzustellen, die gewalttätige Übergriffe erzeugt und allen Deputierten Vorwurf leistet. Die zweite Bedingung ist der Wille zur Erfüllung des Friedensvertrages und des Ultimatum. Aber die Republik schützen will, nach sich gegen das landesverräterische Treiben der gewalttätigen Deputierten setzen, werden, die das deutsche Volk um Hunderte von Millionen schädigen. Er darf nicht verhandeln, durch eine möglichst zweifelhafte Kreditgewährung an das Reich die notwendige Bekämpfung der Goldwertaube verhindern zu wollen. Voraussetzung für die Regierungsbildung muß die Einigung über ein Arbeitsprogramm sein, das Reich und große Einkommensträger befähigt. Eine Regierungspartei muß die Verwaltung, Polizei und Reichswehr reorganisieren, sie darf weder „Kote Armeen“ aufstellen, noch auch die Tradition des alten militärischen Heeres beibehalten und den Generalstabschef unterstützen wollen. Wir müssen uns in die Regierung geben will, muß dieses Programm vorbehaltlos annehmen. Wir fordern nicht mehr als das, was jede Regierung für Deutschland leisten muß. — Welche Partei uns die notwendigen Garantien für die Durchführung dieses Programms gibt, das werden wir in jedem einzelnen Falle zu prüfen haben.

Die Frage der Regierungsbildung ist die wichtigste Frage für die Zukunft des deutschen Volkes.

Wir wollen an der Regierung teilnehmen, aber nicht unter allen Umständen, nicht um jeden Preis, nicht als Anfangsleistung einer Regierung, die von rechtsbürgerlichen Gesichtspunkten geleitet wird, sondern nur in einer Regierung, die unser Arbeitsprogramm durchführt. Das Verhalten der Wähler gilt nicht unser Programm als einem Stück Papier, sondern es wird die Durchführung unserer Gedanken. Wir brauchen klare Erkenntnis der Möglichkeiten in der Frage der Regierungsbildung, und der Wähler, welche die Größe der Partei uns auferlegt. Je mehr der Parteivorstand diese Erkenntnis bewirkt, um so mehr werden wir sein, was sein müssen: Die Partei des deutschen Volkes. (Web. Beil.)

Den Kassenbericht erstattet Barzels:

Die Zunahme der Mitglieder um 3,4 Prozent mag, rein äußerlich genommen, gering erscheinen; aber man muß, wenn man die wirklich kommen will, die ungeheure Anzahl, die Arbeitslosigkeit, die Schwierigkeiten in den besetzten Gebieten und andere Hindernisse in Betracht ziehen. Der günstigen Entwicklung bei den männlichen Mitgliedern steht leider ein Rückgang bei den weiblichen Mitgliedern gegenüber. In den beiden letzten Jahren haben etwa 50.000 weibliche Mitglieder der Organisation den Fäden gelassen. Das muß anders werden. Erreutlich ist die Entwicklung bei der Arbeiterjugend. Die Parteipresse hat sich selbst entwickelt, allerdings stehen wir hier vor schweren wirtschaftlichen Nöten. Aus den Überflüssen der Parteischätze sind der Parteifälle etwa 500.000 Mark angefallen. Die Einnahmenseitige hat sich gut entwickelt. Die Erwerbung einer eigenen Parteipresse hätte die finanzielle Leistungskraft der Partei übersteigert, wenn uns nicht ein günstiger Zufall zu Hilfe kommt. Die Schaffung einer Pensionkasse wird vorbereitet. Die Verhandlung „Vorwärts“ hat ihren Umflag vorbereitet. Sie hat einen Parteivertrag mit H. B. Dies abgeschlossen und den sozialistischen Parteiführer übernommen. Die Parteifälle selbst mit einer Verbesserung von ab 1 Million Mark ab. Die Parteipresse der letzten beiden Jahre haben der Partei insgesamt die für unsere Verhältnisse reiche Summe von 10 Millionen Mark gekostet. Aber die Beitragsaufbringung ist um 1 Million im Jahre gestiegen und das Gesamtbild ist günstig.

Den Bericht der Kontrollkommission

erstattet Rühne: Frankfurt.

Die Kritik gegen den Parteivorstand hat nicht eingegangen, die Kritik zwar in besserer Ordnung, wir beantragen Entlastung. (Bravo.)

Wiedereingewählungsprogramme sind eingegangen von Otto Landsberg-Brüffel (Weilau), von den im Abwehrrecht befindlichen Arbeitern der Grube „Grifa“ und von hungenen Arbeiterinnen in Ansbach. Damit schließt die Vermittlung für den 1. Uff.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung erstattet Rühne: Aktion den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Zunahme hat 279 Delegierte, 20 Vertreter der Reichstagsfraktion, 17 Mitglieder des Parteivorstandes, alle 9 Mitglieder der Kontrollkommission, 39 Mitglieder des Parteivorstandes und 4 Mit-

(Sehr gut, Beiterkeit!) Ueber die Erfolge der Thüringer Genossen sind wir alle erfreut. Aber nun müssen die Thüringer Genossen mit ihrem Siege ab etwa anfangen. Nach dem niemand abhört, ab die Thüringer Genossen nicht in der Thüringensache in der Kommission mit unter alle Thüringer Genossen und in der Deutschen Volkspartei in die Regierung. (Sehr wahr!) In Thüringen fehlen dafür meines Wissens alle Voraussetzungen. Die Debatte hat sich ganz auf die Deutsche Volkspartei ausgelegt, aber sie ist nicht mehr in seiner Resolution eines Parteitag zu erwarten.

Es handelt sich nicht um den Namen einer Partei, sondern um die Schaffung eines Regierungsprogramms, mit dem wir die Republik erhalten und schützen wollen. (Zurück!) Nicht um die Schaffung, sondern um die Durchführung handelt es sich! Die Durchführung macht natürlich große Schwierigkeiten, schon wegen der Regierungspersonen etc. Aber bequemer hat es sich noch kein Genosse auf dem Ministerstuhl gemacht. Die Deutsche Volkspartei ist nichts Einheitsliches. Der außerordentliche Beobachter und ehrliche Politiker muß aber seine Meinung über die Regierung und die Regierung anerkennen. So hat Frau v. Oheim sich immer offen zur Republik geäußert. Ich habe, was ich sage, den ich nie für einen Politiker gehalten habe, von der Regierung getrennt nach Eva verlassen wurde. Keinesfalls darf er wieder verwendet werden. Wir wollen aber nicht im Geheimen nur politischen Dabe werden. Ersterer aber der Schwermann schaffen, indem wir Sinnes als den schwachen Mann, welcher nicht mehr als ein Minister sein kann, sondern die Fortsetzung der Schwermannschaft. Die Deutsche Volkspartei hat sich für die Erfüllung des Willens auszusprechen, und ihre Minister haben sich schon vorher eingestellt. Sie würden nicht ungenügsamer sein, wenn sie mit Sozialdemokraten im Kabinett wären.

Über die Umbildung der Reichsregierung hängt von der Verständigung über ein Steuerprogramm ab, und in dieser Beziehung sehe ich recht schwarz in die Zukunft.

Leider sprechen die Großindustriellen, gerade wie die Unabhängigen, vielfach nicht aus, was sie denken. (Beiterkeit!) Die Unabhängigen haben uns gerade aniniert, in die preussische Regierung einzutreten. Wie sollten sie es uns nachher in der Opposition antreiben können? Der Kaiserliche Hof hat sich jedoch auf die Republik nicht bedacht. In Bayern werden aber keine Beamten ganz offen danach, in diesem Winter die Weimarer Verfassung zu schreiben. Mittelschichten ist gefährdet. Die republikanische Republik ist von den Ländern labortet. Die Regierung Dominicus Steinerwald fällt dem Reich fort. In den nächsten Tagen. Wir müssen unbedingt Einfluss auf den Kaiser, ihm einreden, er darf nicht die Weimarer Verfassung und dauernden Befehl der republikanischen Verfassungen müssen wir uns bereit erklären zur Zusammenarbeit mit allen Parteien, die die republikanische Staatsverwaltung mit allen Mitteln verteidigen wollen. Weiteren Falles würde die Arbeiterklasse die allein verteidigen, aber dann nur unter schweren Umständen. Wie wunderbar Größe und Dignität der Demonstrationen sind, macht man sich nicht. Wir sind, um die Reaktion an der Quelle zu treffen. Lehnen Sie alle Änderungsanträge ab und machen Sie damit dem deutschen Sozialisten die Arme feil (Beifall).
Bauer v. Oheim: Wir müssen in die preussische Regierung gehen hinein, gemäßigten Reaktionen sollten wir nicht nachgeben haben.

Chuard Beinhelm:

Die folgenden Entscheidungen soll man sich die Alternative vor Augen halten. Wenn wir der Antrag der Parteivorstandes ab, dann kommen wir wahrscheinlich zu keiner Veränderung der preussischen Regierung und werden bald aus der Reichsregierung aus. Die Folgen würden für die Republik katastrophal sein. Wenn dann würde die ganze Reichsregierung in die Hände der Regierung der Republik. Auch das können wir nicht wollen, gerade die der Unabhängigen sind, die uns freundlich geklungen. In Thüringen ist es natürlich ein Opfer, wenn wir in die Regierung hineingehen. Aber das ist gerade das Große, das wir für die Republik Opfer bringen. Eine starke bürgerliche radikale Partei ist ja nicht vorhanden. Die Demokraten sind an Zahl und innerem Selbstbewusstsein immer noch schwach. Wenn wir also eine starke Regierung der Republik haben wollen, müssen wir eine bestimmte Verbindung der Deutschen Volkspartei haben. Diese kommt hinein! Die unermesslichen Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten wären zu überwinden, wenn die Unabhängigen die Politik der Unkenntnis vorzuziehen aufgeben. (Sehr gut!) Weiter über die keine Möglichkeit der Einigung. Da wir uns in der Kommission befinden, das hängt ab von unserer Entscheidung und dem Rückfall, den wir in der Arbeiterklasse finden. Unser Einfluss in der Arbeiterklasse ist ein großes Wunder. Wachsen wir mit ihm im Interesse der Republik und des Fortschritts der Welt. (Sehr Beifall).

Hilfslos v. Borslow:

Wenn eine Erweiterung nach rechts nur einmal kommen soll, dann müssen wir durch stärkere Bedingungen, die Stellung unserer Partei möglichst zu stärken suchen. Die Entscheidung des Parteivorstandes ist nicht klar und bestimmt genug gefasst, die Hand würde zu einer Verständigung bieten unserer Änderungsanträge. Ohne die Schulle auf Erhalten läge die Konvention nicht. Ich bin, wo die Wohnung für ihn vor Bekehrter ist. (Sehr gut.)
Frau Maria Zuehlke: Wir müssen die wirtschaftlichen und politischen Ursachen des Niederganges der Zahl der weimarer Parteimitglieder zu ergründen suchen. Unserer sozialistischen und republikanischen Gesinnung aber müssen wir in dieser kritischen Zeit durch den Rückgang gehen und zeigen, wieviel Anhänger der demokratische und sozialistische Gedanke in Deutschland haben gefunden hat.

Gödingen-Roth: Das Zentrum ist nicht der Deutschen Volkspartei gleichgestellt. Es muß auf seine christlichen Gewerkschaften Rücksicht nehmen, die leicht oft leichter vermehrt werden, als unsere Genossen. Wenn wir die Koalition im Reich nach rechts weiter, werden die Unabhängigen in schärfer Opposition treten und der gefährliche Teil der Wähler gewinnen als wir. (Widerpruch.) Wenn es wegen der Steuerfragen zu einer Reichsstaatsauflösung kommt, so sind unsere Ansichten, befaßt mit dem Zusammenhang mit der Deutschen Volkspartei, ziemlich fest.

Selene Grünberg-Büchtemann: Wir müssen zu einem einmütigen Beschluß kommen, damit wir nicht in die Falle der Regierung fallen. Der gesunde Sinn der Arbeiter lehnt die reine Bürokratie ab.

Vogel-Reinhold: Wir sind keine besondere Richtung, sondern stehen nur grundsätzliche sozialistische Politik. Auch wir wollen, daß der Antrag des Parteivorstandes durch eine förmliche Forderung klar und für alle annehmbar gemacht wird.
Hoffmann-Schubert: Ich bin der Meinung, so das hier aufgerufen wird, führt in die Beziehungen des Reiches und der Länder und in die Magistrate der Städte. Wenn wir in Mediensprache nach dem Rezept der Unabhängigen gehandelt hätten, so hätten wir die Regierung der Deutschen Volkspartei und den Deutschen Nationalen allein überlassen. Alle Genossen in den anderen deutschen Ländern würden in der gleichen Lage anstehen. Selbstlos.

Schiffers-Böllinger: Wir stehen vor der Formulierung einer Beschlusses. Das eine fragt, wie können wir mit den Reichsgenossen von links wieder zusammenkommen? Das andere fragt, die Basis für das Zusammengehen mit der arbeitervertreterlichen D. V. P. Was trennt uns nach der grundsätzlichen Aufgabe der Fortsetzung der Arbeit nach von der D. V. P. In der Frage der Koalitionen können wir den Unabhängigen die Koalition machen, daß die alten Nationalen für uns nicht koalitionsfähig sind, weil sie ihre reaktionäre Gesinnung nicht leicht wieder ablegen, und weil eine Koalition die Kraft der Wähler schwächen würde.

Wolff-Ritter:

Aus den Worten der Vertreter der ausländischen Parteiparteien ist die Notwendigkeit der deutschen Politik, die für die ganze europäische Demokratie und den Fortschritt der ganzen deutschen Arbeiterklasse von großer Bedeutung ist. Unpolitischkeiten, werden unsere heutigen Gegner eine Regierung mit einer Partei bilden, die sich nicht auf die Arbeiterklasse beschränkt, sondern eine Zusammenfassung der wirtschaftlich einflussreichen Kräfte und eine Stabilisierung gerne sehen. Dadurch wird die Regierung voll von handlungsunfähig. Außenpolitische Gründe empfehlen also die Regierung aus möglichst breiter Basis. Wir haben nicht den Willen, uns an einen Mann und einem nicht ganz so großen Heil. (Sehr richtig!) Parteivorstand und Parteiausschuss, die einmütig zu dieser Resolution faßt, wollen diese hier nicht anführbare politische Details beraten.

Wollen wir der Deutschen Volkspartei weiter erlauben, Agitation im Lande ohne die fürstliche Last der Verantwortung zu treiben?
Wir müssen in dieser weitwärtigen Zusammengehörigen Partei die gesunden Kräfte für positive Arbeit mobilisieren und die negativen Kräfte binden. Kräfte, die sich uns klipp und klar angeden haben, zurückzuziehen, nämlich auf die Dauer nicht nur die Republik, sondern auch uns selbst. Wir müssen möglichst dazu beitragen. Deutschlands Parteiverhältnisse aus dem parlamentarischen Gland der Zerplitterung zur Gründung zu bringen. Wir dürfen auch unsere bisherigen Koalitionsgenossen nicht einfach einhängen. Die Abgeordneten Hempel (Zentrum) und Becker (D. V. P.) indolenter die Requisiteur in gleicher Weise.

Um die große geistige Auseinandersetzung mit dem Zentrum kommen wir nicht herum, auch wenn wir in den nächsten 10 Jahren mit materiellen und wirtschaftlichen Problemen auch noch so viel zu tun haben.

Die Koalition ist ein Problem rein parlamentarischer Zweckmäßigkeit und Legitimität. Wir dürfen uns nicht durch Agitationspropaganda in dem Glauben verleiten lassen, daß unsere politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte mit den Kreisen der D. V. P. auch nur einen Augenblick ruhen werden, weil wir mit ihr in dem engeren Regierungsausschuss an einem Tische sitzen. Dahinter steht die große staatspolitische Frage, wie wir die große verirrte Masse, die die politische Willkürlichkeit des gewählten Reichstages nicht zu überwinden will, um Staatsgewalt zu gewinnen und zur richtigen Einigkeit, die Wirtschaft unter politischen Lebens erziehen. Kein wirtschaftlich gebildeter große Teil der D. V. P. zu uns. Wie können wir in diese nationalitätlich verengten Kräfte nützlicheren Einfluß bringen, wenn nicht die D. V. P. mit der Verantwortung tragen will. Wenn wir uns den politischen und wirtschaftlichen Problemen nicht ernsthaft zuwenden, wird unser Einfluß auf den Staatswahlkreis und auf die nächsten Wahlen, die Wirtschaft unter politischen Lebens erziehen. Kein wirtschaftlich gebildeter große Teil der D. V. P. zu uns. Wie können wir in diese nationalitätlich verengten Kräfte nützlicheren Einfluß bringen, wenn nicht die D. V. P. mit der Verantwortung tragen will. Wenn wir uns den politischen und wirtschaftlichen Problemen nicht ernsthaft zuwenden, wird unser Einfluß auf den Staatswahlkreis und auf die nächsten Wahlen, die Wirtschaft unter politischen Lebens erziehen. Kein wirtschaftlich gebildeter große Teil der D. V. P. zu uns. Wie können wir in diese nationalitätlich verengten Kräfte nützlicheren Einfluß bringen, wenn nicht die D. V. P. mit der Verantwortung tragen will.

Die Frage:

Es handelt sich für uns um die Umfassung aus einer vornehmlich agitatorischen zu einer Regierungspartei. Das fällt natürlich manchem, der gewohnt war, freies zu reden, schwer. Aber es ist notwendig, denn wir, die wir durch die Praxis längst zur Regierungspartei geworden sind, müssen unsere Willkürlichkeit gegen die Arbeiterklasse, die Arbeiterklasse ausgrenzen. Bei dieser wichtigen Entscheidung können wir uns den Partner nicht aussuchen, sondern er muß uns durch das Wahlergebnis präsentieren werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir hier wieder für ein Jahr eine feste Verbindung aufstellen für die Regierungsbildung im Reich und in den Ländern. Die Entscheidung ist nicht leicht, denn wir müssen, die wir gar nicht voraussehen konnten. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht möglich durch die Entlassung aller und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es an Kräften. Es kommt darauf an, die vorhandenen Beamten so umzufassen, daß sie der Republik genau so dienen, wie früher der Monarchie. Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen, aber wir können verlangen, daß ein Beamter, der den Eid auf die Republik geleistet hat, diesem Eide gemäß der Republik dient. Wie früher der sozialdemokratische Beamte der Monarchie gegenüber seine Pflicht tat. Die rechte Opposition ist gar nicht. Falls wir doch nicht auf die deskundigsten Kräfte zurückgreifen. Die Entscheidung kann nicht in jedem Augenblick der Sitzung. Die Pflicht, daß die Wahlen zu den Unabhängigen gehen würden, ist völlig unbegründet. Die Verfallsfrist der Parteien bei der D. V. P. sind eine Folge der Rückständigkeit dieser Partei. Das Volk will politische Freiheit, seine tabulierten Wahlen. (Beifall).

Frang-Katowitz: Für uns Oberlehrer handelt es sich vor allem darum, die Wahlen abzumenden, daß Oberlehrer von den deutschen Kulturgenossen losgerissen und in seiner Entwicklung um 100 Jahre zurückgeleitet wird. Unter allen Umständen muß dieses Mitglied von der oberirdischen Arbeiterklasse ferngehalten werden. (Beifall.) Wäre das Londoner Ultimatum nicht unterzeichnet, so wäre das Schicksal Oberlehrers schon besiegelt. Der Wille unserer Partei habe sich so handeln, daß die Wähler der politischen Kampferhalten aufgeben würden. Der Parteitag muß dafür sorgen, daß die Parteien auch in ihrer Eigenschaft vorwärtsgehen wird.

Sperwing: Was hier über die Regierungsbildung gesagt wurde, habe ich schon vor Monaten gesagt. Wir müssen alles anwenden, was in unserer Macht steht, um die Wahlen zu gewinnen. Unsere Politik darf sich niemals nach Rückschlüssen richten. Wer sich Belieben und Lust: (Zurück! Stimme!) Was ist eigentlich der Unterschied zwischen Stimme und Stimme? Stimme ist der ewige Mann und Thölon der Zentrumspolitik. Der Kampftag richtet sich nicht gegen den Genossenschaftlichen oder Katholiken, sondern gegen die Unternahme. (Sehr richtig!) Wir müssen die Republik mit Wählern verbinden, die auch in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen. Da wir nun an die Macht nicht haben, indem wir aus Bundesgenossen, die uns zwar nicht weit genug geben, die aber das kleinere Übel sind. Darum keine Heulen und keine politische Abhinen. Wir wollen leben, wollen arbeiten und wollen siegen. (Beifall).
Ein Schlußantrag wird angenommen.
Das Schlußwort erhält.

Frang-Katowitz:

einige Worte zur Koalitionsfrage. Unsere Entscheidung ist nicht, daß wir nun unter allen Umständen mit der D. V. P. zusammengehen. Das soll der letzten Prüfung im Einzelfalle überlassen bleiben. Auch die D. V. P. ist nicht unänderlich und deshalb wollen wir uns alle Möglichkeiten offenhalten und uns vielfache Bewegungsmöglichkeiten lassen.
Sollange die D. V. P. die vom B. A. B. geleitete der preussischen Regierungsbildung bleibt, ist sie für mich bundentsprechend.

Wir der Wähler einer Koalitionspartei in der Republik ist es unheimlich, daß sie republikanisch regiert und monarchistisch verhalten. Wir fragen, was bleibt der Geist der Republik mit der D. V. P.? Wer um bleibt der Geist der Republik ohne die Sozialdemokratie? (Sehr gut!) Wir sind einverstanden mit der Abänderung, daß die Wähler in der Entscheidung als „G. u. V. P.“ bezeichneten Beziehungen nach dem Abtritte von Rader ausdrücklich als „Wähler der Republik“ bezeichnet werden, die unabhängig erfüllt werden müssen. Wir bitten, daß die Wähler der Republik abzugeben. In diese Abänderung bedeutet keine Abkehr von der bisherigen Politik. Wir wollen verbleiben, daß die Macht in der Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht. Wir sind sicher, daß die übermäßige Mehrheit des deutschen Volkes für eine solche Politik Verzicht haben wird. (Beifall).
Die Abstimmung findet am Nachmittag statt.
Zwei genügend unterstützte Anträge verlangen namentlich Abstimmung. Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Die Abstimmung am Nachmittag ergab die Annahme der Resolution des Parteivorstandes unter Abänderung des Wortes „Grundveränderung“ in „Winkelveränderung“ mit 280 Stimmen gegen 17. Damit werden alle Mitglieder dieser Frage vollständig im Einklang als erledigt erklärt. (Über den Verlauf der Abstimmungsgänge können wir aus technischen Umständen erst morgen berichten. D. V. P.)

Demagogische Ablegungen.

Die Wahrheit über Ehrhardt und Bauer.

Die Wünderer Obergshöfner im bayrischen Kabinett sind es, die angebracht, ihre Bekanntschaft mit den Kapp-Rebellen und ihren monatelangen Verkehr mit ihnen anzulegen, als das Treiben dieser preussischen Militaristen die größte Empörung im ganzen Lande hervorrief. Sie konnten sich nicht genug tun in starken Worten gegen die Reichsregierung. Wie wenig Wert diese Ablegungen haben, erhellt man aus der „Münchener Post“. Sie schreibt: Wir haben guten Grund anzunehmen, daß die Ablegungen des Staatssekretärs nicht in allen Punkten der Wahrheit entsprechen. Der Staatssekretär hat in gutem Glauben wiedergegeben, was Herr Boehner von seinen Beziehungen zu den Kapp-Offizieren mitgeteilt für gut fand. Eine nähere Untersuchung würde den geistigen Vorbehalt aufheben, der Herrn Boehner gefastete, seinen sträflichen Verkehr mit dem Kapitän Ehrhardt in Abrede zu stellen, weil der Kapitän sieben Monate nach dem Aufbruch, dem Polizeipräsidenten zuliebe, anders hieß als „Bauer“.

Weiter schreibt unser Parteitag:

Kraus in der Bayerischen Volkspartei.

Nach Blättermeldungen aus München hat die Bayerische Volkspartei dem Abgeordneten Dr. Zahrbrecher, Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorstandes Feld und unentwegten Anhänger v. Kraus, wegen großen Vertrauensbruches aus der Partei ausgeschlossen. Zahrbrecher hatte gerade früh in der „Münchener Zeitung“ scharfe Angriffe gegen die Parteiführung gerichtet. Kraus hatte verlangt und die Wähler sollten nach seiner Ansicht der parlamentarischen Kommission einjagen und mit allen Vollmachten einzeln und allein v. Kraus übertragen werden.

Die bayerische Kandidatenliste.

Die deutschen Nationalen „Frankfurter Nachrichten“ witter schon die Liste der bayerischen Ministerkandidaten mitteilen. Es lautet: Herr v. Staatsrat Schmeltz, Dritter Regierungsrat ehemals der Rheinfall, seit einigen Tagen der Oberpfalz Dr. v. Winterstein, Minister der ehemaligen Reichsstadt und jetzt Direktor des Bayerischen Land, D. O. H. und Minister, neuerdings als ausschließlicher Kandidat: Graf Perghenfeld, auf den die Staatsregierung hinweist.

Kraus der Rette.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus München berichtet: In den letzten Tagen sind hier ungezählte Flugblätter aufgefunden. Inhalt: verbreitet worden. Hauptinhalt richtete sich gegen Juden und Sozialdemokraten. Gestern Abend durchfahrend Autos die Stadt, aus denen Flugblätter mit der Aufforderung „Weg mit den Sozialisten und Militaristen!“ geworfen wurden. Es mocht sich eine gewisse Verherrlichung der Stimmung bemerkbar, aus der heraus mahnende Stellen sich veranlaßt gesehen haben, Herrn v. Kraus, von dem sie einen beruhigenden Gruß auf die Erzeugung gewisser Kreise erhoffen, um die Rädler nach München zu erwidern. Herr v. Kraus wird noch heute aus Böhmen zurückkehren.

Genosse Kraus sind befriedigt, die sich um die deutsche sozialistische Partei gruppieren und die in Deutschland jetzt die größte Rolle spielen wie im früheren Jaren-Vorjahr sind die wichtigsten Schwärzer Hundert-Tausender. Sie sind die Abfaller Antikemmen. Schlimmer als ihr holländischer Vetter, Herr v. Kraus, ist Herr v. Kraus, der die Wähler der Reichsstadt, Selim v. Kraus. In dieser Richtung der „Frankf.“ ist wohl man oder weniger genau, daß Kraus für Vertrauensmann ist, der nun mit jeder Hilfe wieder seinen Einzug in München halten soll.

Bevorzugt für den sozialistischen Teil Paul Tzumei, für den sozialistischen Teil Wilhelm Kraus, beide in München.

Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Jugend. Heute abend von 8 bis 10 Uhr im Mozartheim, Weinbergplatz, Verhandlungen der Musikabteilung, Vollständiges Erscheinen ist Pflicht.

Angewandten. Mittwoch, den 21. Sept.: Zusammenkunft in Mühlberg's Gesellschaftsraum, Karststraße, abends 8 Uhr, Vortrag des Gen. Alfred Kobermann, "Ummandelort: Die Frage im Unterium." Folgendes Erscheinen ist Pflicht. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung.

Alle Parteimitglieder der G. P. D., Crügerstraße Halle. In der laufenden und nächsten Woche finden in allen Distrikten wichtige Versammlungen statt. Kein Genosse aber Genossin darf diesen fern bleiben. Die Versammlungen tragen wie folgt:

- 1.-5. Distrikt: Sonnabend, abend 8 Uhr, bei Müller, Mansfelder Straße 11.
7 und 8 am Dienstag, den 27. Sept. abend 8 Uhr, im Mühlberg's Gesellschaftsraum, Waidhorer Straße.
14 und 15: Donnerstag, den 22. Sept., abend 8 Uhr, bei Mühlberg, Karststraße.
16 und 18: Dienstag, den 27. Sept., abend 7 Uhr, im "Goldener Schwan", Reifstraße.
17, 18 und 19: Donnerstag, den 22. Sept., abend 8 Uhr, bei Emmer, Eisenbockstraße.
Distrikt 6 und 8: Sonntag, vorm. 10 Uhr, im Bürgerkassino, Vertriebsstraße.
Distrikt 8 und 8a: Donnerstag, den 22. Sept., abend 9 Uhr, in der Bernhardsstraße.

Hallischer Gewerkschafts- und Vereinstafel.

Die Singkurse des Freien Sängerkorps findet Freitag abend 8 Uhr statt.

Halle und Gualteisorte.

Halle, 21. September 1921.

Streik im Buchdruckergerber?

Bereits bekannt, fanden Montag und Dienstag in Berlin zwischen den Vertretern der Buchdrucker und der Unternehmer zentrale Verhandlungen statt. Nach einer nun schon zugegangenen Meldung haben diese in positivem Ergebnis geendet. Die Verhandlungen haben sich wie folgt abgeklärt.

Die neue Situation, welche dadurch entstanden ist, wird morgen Donnerstag in einer Konferenz der Gewerkschaften des Buchdruckerverbandes erörtert werden. Zugleich wird man auch dort über alle weiteren Maßnahmen in der Buchdruckergerber beraten.

Durch das förmliche Verhalten der Unternehmer dürfte nunmehr der Streik kaum noch zu vermeiden sein.

Durch den Streik wäre auch die „Volksstimme“ am Weitererheben gehindert, da sie in einem hiesigen Verlage hergestellt wird.

30% Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Für die Tarifserhöhung im Personenverkehr, die wie geplant, auf den deutschen Eisenbahnen zum 1. Dezember d. Z. in Kraft treten soll, ist folgendes festgesetzt und zur Durchführung bestimmt worden: Mit Wirkung vom 1. Dezember ab sollen die Fahrpreise des Fernverkehrs einschließlich der Fahrpreise für Hunde, Arbeiterfahrpreise und Beizarten um 30 v. H. erhöht werden. Die Erhöhung erstreckt sich auf die Schnellzugschiffe, die sämtlich in der 1. Zone (bis 75 Kilometer), in der 1. und 2. Klasse 10, in der 3. Klasse 5 Mark, für die 2. Zone (76 bis 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 20 Mark, in der 3. Klasse 10 Mark und in der 3. Zone (bei Entfernungen von über 150 Kilometer) in der 1. und 2. Klasse 30, in der 3. Klasse 15 Mark folgen werden. Die Voraussetzungen für die Tarifserhöhungen im Güter- und Frachverkehr, die abweichend von den Erhöhungen im Personenverkehr bereits am 1. November in Kraft treten sollen, sind im Gange. Auch für diese Tarife soll dem vorläufigen Eisenbahngesetz eine gleichmäßige Erhöhung von 30 v. H. vorgezogen werden.

Strasfammer.

Gestern wurde gegen den sechszwanzigjährigen Wäcker Franz J. verhandelt, der auf einem Plage in Merseburg öffentliches Vergnügen erregt hatte. Die Defestifikation war für die Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. J. wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Vier Wochen Untersuchungshaft wurden auf die Strafe angerechnet. J. ist wegen besessenen Vermögens bereits vorbestraft.

Wegen Betruges hatte sich der frühere Fischkammermeister Max M. der schon mehrfach vorbestraft ist, zu verurteilen. Er lies hier in Halle noch recht profitorientierten Einnahmen und geschäftlichen Manipulationen. Um seine forderbaren Geschäfte zum Ziele führen zu können, lies er an einem Sogengeschäfte des Apollo-Theaters 800 Mark und ahermals 1800 Mark. Als Pfand gab er ein Pfund Morphium, das schließlich aber bei der Unterandung als Schlemmetreibe festgelegt wurde. Später lies er sich von dem Keller eines hiesigen Raffeehauses nochmals 4300 Mark mit dem Bemerkten, er wolle 3 Kilogramm Kain nach der Schweiz verschicken. Dies gelang aber nicht, da M. keinen Pass hatte und deshalb am Bahnhalle Waidhorer Bahnhof nicht durchgelassen wurde. Der Angeklagte hat schon früher einmal eine Selbstaufschneidung unternommen und wurde dafür bestraft.

Der Staatsanwalt sieht Betrug in fünf Fällen als vorliegenden an und beantragt 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilt M. zu 9 Monaten Gefängnis und billigt ihm unter Anwendung von 6 Wochen Untersuchungshaft Strafaussetzung (einmal unverständlich in diesem Fall D. B.) zu.

Der Wucher mit den möblierten Zimmern.

In der letzten Sonnabendnummer brachte die „Volksstimme“ im lokalen Teil zwei Artikel über die Wohnungsnot; einer hieß: „Mietel! Mietel!“, der andere war ein Aufruf der Studentenschaft „An die Bürger von Halle!“. Beide beleuchteten treffend den intigen Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Wohnungswucher. Wendet sich der erste Artikel gegen die unerschöpflichen Mietserhöhungen unserer nimmermüden Hauspatras, so redet der zweite eine ernste Sprache von dem Wangel an möblierten Zimmern. Damit haben die Studenten einmal, wenn auch noch ziemlich hinten her, eine Frage öffentlich angeschnitten, die offenbar dem Wohnungsamt und dem Mietlingsamt noch nicht in ihrer ganzen Bedeutung klar geworden ist: Der Wucher mit möblierten Wohnungen. Hier ist ein Punkt, der armen Studenten, jungerberufeten Studenten, ledigen Angestellten, Arbeitern und Beamten täglich ernste Sorgen bereitet, denn die Preise für möblierte Zimmer sind ungesund in die Höhe gegangen, deutliche Zeugen für die Mangelhaftigkeit der Dinge vom Konsumverderb. Zimmer, die noch im letzten Artzejahre 30, 50, 80 Mark kosteten, kosten heute 100, 150, 200, ja bis zu 300 Mark monatlich, und es gibt hier Einzelheiten wie Familien, die für ihre möblierte Wohnung ein Fünftelteil bis ein Sechstel ihres Gesamtinkommens ausgeben, ja in die Höhe Mietsteigerungen viel ungenügender und höher in Erscheinung getreten als bei den Beroerwohnungen.

Die Gründe dafür sind einmal die Tatsache, daß sich viele Leute vom Abvermieten zum großen Teil nähren und zum anderen die Preissteigerung der Vermieter, jede Mietsteigerung tragen zu lassen, ohne daran zu denken, daß es auch hier lokale Rückläufe zu nehmen gilt. Ein viel wichtiger Grund ist aber das Behn einer gezielten Handhabung zur Unterbindung dieses oft schamlosen Wuchers. Wohnungs- und Mietlingsamt sind der Streitfragen über möblierte Zimmer am liebsten „auf sich selbst“ zu überlassen. Hier haben es in verschiedenen Terminen vor dem Mietlingsamt erlebt, daß der Vorlesungsbekannt, für möblierte Zimmer noch nicht einmal gemietet zu werden. So kamen dann immer die seitdem bekannerten Vergleiche zustande, bei denen der auszubietende Vermieter immer der Überlegene war.

Wenn nun auch — leider! — für möblierte Wohnungen keine bestimmten Gesetze oder Bestimmungen bestehen, so müßte sich das Mietlingsamt hier doch auf ganz bestimmte Grundregeln halten, die bis zu einer durchaus wünschenswerten rechtsgültigen Regelung doch einen gewissen Schutz für die auszubietenden „Möblierten“ gewähren. Andere Leute haben das bereits mit recht guten Erfolgen getan. Öngbar, wenn auch nicht alle beiderseitigen Wünsche befriedigend, ist vielfach folgender Weg.

Man verzeichnet den Flächeninhalt der abvermieteten Zimmer zum nächstbesten Mietpreis der gesamten Wohnung, wobei natürlich die Lage der abvermieteten Zimmer (ob nach vorn oder nach hinten), der allgemeine Zustand, die Heizung, Koch- und Beheizungsmöglichkeiten, der bequemere oder unbequemere Zugang, mietsprechend genau 10 zu berücksichtigen sind, wie die Zahl der Mieter und ihr zeitlicher Aufenthalt in den gemieteten Räumen. Für zeitliche Beidmung (Mietung) der Zimmer, Betten machen, Frühstück, Holzungen, Stühle, etc. (wie auch) muß der Betrag berechnet werden, der teilweise, wie in vielen Fällen, über den ortsüblichen Lohn der Hausfrauen hinausgehen darf. Bei Berechnung der zu benutzenden abvermieteten Möbel ist ebenfalls ein gerechtes Verhältnis zu dem gesamten Mobiliar der Vermieter und dem gesamten Werte der Möbel zu schaffen, wobei auch eine Berechnung der Abnutzung nach Benutzung, Zahl der Mieter (bei festgelegten Miet) usw. zu berücksichtigen sind. Diese beiden Punkte, die die Mietung und die Abnutzung der Möbel zu berücksichtigen sind, sind die beiden Punkte, die die Mietung und die Abnutzung der Möbel zu berücksichtigen sind.

„Die schwarz-weiß-roten evangelischen Priester.“

Wir erhalten folgende Zuschrift: In Nr. 205 der „Volksstimme“ befindet sich ein von „Bgl.“ eingehender Artikel. Die schwarz-weiß-roten evangelischen Priester, in welcher Hinsicht ganz unerschöpflich hervorgehoben wird gegen der deutschnationalen „Kronzeitung“ einseitig halbeschwarzer Priester. Wenn nun an sich dem Einbeider im ganzen genommen durchaus recht zu geben ist und insbesondere ferner hervorzuheben, daß die Kirche in jeder Ausdehnungsrichtung über eine Staatsform an bedingt neutral bleiben“ muß, voll und ganz zugestimmt wird, ist doch einerseits die unnötige Schärfe und oft nicht ganz feine Ausdrucksweise zu bebauern, andererseits aber die Schlaflosigkeit: Geht die Kirche „aus dieser Welt heraus und provoziert die Anhänger der Befreiung, nun dann: Republikanismus heraus aus der Kirche“ durchaus zu vermeiden. Es ist das ja gerade das Ideal, das um im politischen Leben so oft und schon so viel gelehrt hat, nämlich das: „die Milde ins Korn werfen“, wenn man die Gebud (oder den Mut) verloren hat. Genau so verkehrt und vielleicht auch verkehrter ist es bei den politischen Wahlen ist, nicht zu wählen, so unvorteilhaft würde es sein, aus purer Verärgerung mit den früheren und jetzigen Zuständen im kirchlichen Leben ebenfalls die Milde ins Korn zu werfen und als schändliche einzige Konsequenz aus der Kirche auszutreten. Kein umgehender in der Kirche bleiben bei den Priestern schon im Herbst oder im nächsten Frühjahr hinführenden Kirchenwahlen den „schwarz-weiß-roten evangelischen“ Priestern für ihre politische Betätigung in der Kirche die Zustimmung erteilen! Und nicht nur in der Kirche bleiben sondern auch jetzt schon für eine radikale Reform der Kirche arbeiten! Dies kann dadurch geschehen, daß alle diejenigen, die es mit einem Neuaufbau der Kirche ernst meinen, in die in allen Kirchengemeinden gegründeten oder in Gründung befindlichen volkstümlichen Gemeindevereine eintreten. Die volkstümlichen Gemeindevereine verlangen unter anderem:

- 1. Das Volk soll die Angelegenheiten der Kirche selbst in die Hand nehmen und die Verfassung der Kirche auf breiter Basis durch die Teilnahme an den Versammlungen (Abwahlen, Wahlberechtigung für alle Männer und Frauen von 20 Jahre ab).
2. Mit der Glaubens- und Gewissensfreiheit ist voller Ernst zu machen. Befreiung der Gemeindefürsorge vom Zwangscharakter für Gemeinden und Pfarren.

- 3. Selbständigkeit der Einzelgemeinde. Nur die Gemeinde hat den Pfarren zu wählen, den sie sich ausgedacht hat. Befreiung der kirchlichen Patronate usw.
4. Die Volksteile soll rascher und entschiedener Stellung nehmen zu allen kirchlichen und sozialen Fragen im Leben der Gemeinden und Pfarren. Fortfall neutraler Kirchenzucht (z. B. Verweigerung der kirchlichen Begräbnisse bei Selbstmord oder des Verbots, Kranz und Gleiher zu tragen) usw.
5. Vor allem aber soll die evangelische Kirche eine wahre Volkskirche werden. Die Kirche darf in keiner Weise einen Unterliegend nach Stand, Besitz oder politischer Parteizugehörigkeit machen. Die Kirche hat sich jeder Volkstreue zu enthalten, hat unbedingt neutral zu bleiben usw.

Dies nur einige Punkte des großen lebensfrischen Programms der mächtig anschwellenden Volksfröhenbewegung, die sich die Geistlichkeit wohl oder übel wird anpassen müssen. Also nicht heraus aus der Kirche, sondern drin geblieben, aber hinein in die volkstümlichen Gemeindevereine und in diesen wieder und tätig mitgearbeitet, damit wir für die kommenden Kirchenwahlen der Orthodoxie als ein starker Wall entgegengetreten können!

Wir haben bisher keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir einseitigen Forderungen gegenüber uns völlig neutral stellen. Vor Jahresfrist haben wir einer ausgedehnten Debatte in der „Volksstimme“ über die Frage: „Was tritt aus der Kirche oder was verläßt die Kirche“ gegeben und dadurch bewiesen, daß es uns nicht ist mit dem Satz des Herrn Erfurter Programm: Religion ist Privatfache. Wenn wir ohne Zufahrt veröffentlichen, so wollen wir aber damit nicht erneut über jenes Problem eine Diskussion heranzuführen. Zu der Sache selbst erklären wir, daß wir selbstverständlich nach wie vor die Uebergriffe nationaler Vorkatoren gebührend brandmarkieren werden.

An die Parteigenossen von Halle!

Um der jugendproletarischen Bestreifer der Arbeiter-Jugend am Sonnabend, den 1. Oktober, abends 8 Uhr, im Neumarkt'schenhaus, Platz 38, ein volles Haus zu sichern, hat die Arbeiter-Jugend den Vertrieb der Eintrittskarten systematisch eingeleitet. Heute und während der kommenden Tage werden die eifrigen Arbeiter unserer Jugend an eure Türen klopfen und Eintrittskarten zu dem Zeit zum Vorverkauf anbieten. Die Karten kosten im Vorverkauf für Erwachsene 2 Mk. (an der Abendkasse 2,50 Mk.), für Jugendliche 1 Mk.

Genossen! Weist unsere Helfer nicht ab, sondern sicher Euch einen Platz für diese einstrahlende Feier. Nächste Hinweis es folgen noch.

Gewerkschaftliche Verhandlungen im Kinomattestreit.

Dem heutigen Münterterband wird uns geschrieben: Der Zeit den 16. d. M. geführte Streik der Kinomattest wird mit unverminderter Kraft fortgesetzt. Auf Veranlassung des Gewerkschaftsrates haben gestern abend Verhandlungen der Streitenden mit den Kinobeherrern stattgefunden, die aber an der Vermittlung der Unternehmern scheiterten. Die Streitenden betonen großes Entgegenkommen, indem sie zuletzt dem Angebot der Unternehmer, eine Zulage von 200 Mk. monatlich zu gewähren, zuzustimmen, wenn diese Zulage ab 1. August gezahlt würde. Falls jedoch die Zulage erst vom 1. September ab gezahlt werden sollte, bestanden die Streitenden auf ihrer Forderung von 300 Mk. für die ersten und 250 Mk. für die folgenden Monate. Alle diese Vorläufe der Streitenden wurden jedoch von den Unternehmern glattweg abgelehnt, und nur zu dem, auch nur scheinbar vorgebrachten Zugeständnis, die Zulage ab 15. August in der Höhe von 200 Mk. zu zahlen, bequamen sie sich schließlich noch. Damit konnten sich die Streitenden natürlich nicht einverstanden erklären, und so werden die Verhandlungen deshalb, weil die Kinobeherrern behaupteten, die „singen kaputt“, wenn sie jedem Arbeiter einmal noch 100 Mk. mehr auszahlen müßten als sie ihnen schon zugebilligt hatten. Jeder denkende Mensch wird uns ausrechnen müssen, daß die Kinobeherrern, deren Säuler bis zum Ausbruch des Streiks sämtlich herab von Soldaten waren, diese Bezüge von 100 Mk. für den jeden Arbeiter mit Selbstgefälligkeit zahlen lassen können, wenn sie sich nicht auf den trassen Unternehmern abgeben wollten. In der Hoffnung, daß das Publikum auch die Vorkstellungen ohne Mühe besuchen werde. Wir sind jedoch der Ueberzeugung, daß die Sympathie des Publikums auf Seiten der Streitenden ist und es dem Publikum auch abgelehnt wird, die Vorkstellungen ohne Mühe sich anzusehen. Bgl.

Veränderung der Dienstzeit in den städtischen Dienststellen.

Die Dienstzeit der städtischen Dienststellen ist vom 15. September ab Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag und Samstag von 8 bis 12 Uhr nachmittags, Mittwoch und Sonnabend von 8 bis 12 Uhr nachmittags. Mittwoch und Sonnabend von 9 Uhr nachmittags bis 3 Uhr nachmittags für den Verkehr geöffnet. Die Steuer- und Gebührenerheber sind Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr nachmittags, Mittwoch und Sonnabend von 8 bis 12 Uhr nachmittags im Wagenschuppen, Marktplatz 24, Erdgesch. Zimmer 22a, anzutreffen.

Außerordentliche Beihilfen für langfristige Erwerbslose.

Die Gewährung der außerordentlichen Beihilfen an langfristige Erwerbslose in Sachleistungen ist jetzt vielfach auf große Schwierigkeiten. Der preußische Volksfürsorgeminister hat sich aber, wie die „B. V. N.“ hören, damit einverstanden erklärt, daß in den Fällen, in denen die Gewährung der Beihilfe in Sachleistungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, die Beihilfe in bar gezahlt wird. In diesem Falle werden in Berlin folgende Stempelungen vorgenommen: Es erhalten in Berlin Erwerbslose unter Umständen des Gehalts: über 16 bis zu 21 Jahren 300 Mark, über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt nicht im Haushalt leben, 400 Mk., über 21 Jahre, Erwerbslose mit Ehegatten 600 Mk., für jedes Kind unter 16 Jahren und sonstige zur schlagempfangende Angehörige 50 Mk. Die Gesamtbetrag der Sonderbeihilfe für einen Erwerbslosen darf 800 Mk. nicht übersteigen. Der Volksfürsorgeminister hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten angebefehlet, diese Stempelung auch dort vorzunehmen zu lassen. Der Durchschnittsbetrag darf aber in diesen Fällen 600 Mk. nicht übersteigen.

Die Feuerherde rüde gestern nachmittags zur Befestigung eines Feuerherdes nach Geißstraße 1 aus.

handeln. Was hat jedoch dieses Blatt bei seiner Verfassung übersehen — die Haltung einer Reihe im Kreise stehender „Kommunisten“. Bekanntlich haben die „Kommunisten“ im hiesigen Kreislag sich nicht getrennt, den bereits gefallenen monarchistischen Erben Dr. W. v. S. wieder anzunehmen. Erst auf Grund dieser „revolutionären“ Tat mag es möglich sein, dass der Dr. gerade immer noch als deutlichnationalistischer Kopf im Landratsamt steht. Die in Lorau stehenden „Kommunisten“, die sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten immer wieder als ganz besonders „sozialistisch“ gebärden haben, sind mit ihrer Haltung eben wieder einmal ihren Gesinnung treu geblieben, ein Krebsgeschwür für die arbeitende Bevölkerung Deutschlands bei gemeinliche Marx mit der wohlfeilsten Loureger Kreierstellung.

Schwed. Warum die Farmer Schwarz sind. Wie die hiesigen bäuerlichen Wähler berichten, verläßt der Farmer Wilhelm Dittmer den Ort, da er in einer anderen Gemeinde gewählt worden ist. Nun kommt das Schwedische: Zu seinem Nachfolger wird voraussichtlich Herr Farmer Liebert durch die Bauernschaften und Weiteinheitsvereine-Wahlen-Gesellschaft in Berlin kraft des zugehörigen Patrimonialrechts berufen werden. — Braucht man sich da noch zu wundern, wenn die Farmer so „Schwarz“ sind? Kapital und Kirche, sie gehören eben zusammen.

Sport und Körperpflege.

L.A. Die Naturfreunde. Mittwoch, abends 7 Uhr, im Maximal Theaterprobe. — Donnerstag, abends 10 Uhr in der Turnhalle der Klosterstraße Volkstanzgruppe. — Freitag abend veranstalten wir im großen Saale des Volksparks einen Unterhaltungsabend für die Kinderhilfe. Anfang 7 1/2 Uhr. Programm 800 Mark in den Filialen des Komitees und für Zugabe und Mitgliedschaft. — Samstag, abends 8 Uhr, im Waldpark, ein Vortrag über die Arbeiterpartei, Treffens 11 Uhr am Heisterder Bahnhof. — Nachmittags, 12 Uhr, Kinderwanderung nach der Heide von den bekannten Plätzen.

Aus aller Welt.

Ein jäheres Explosionsunglück.

Das Manheim wird gemeldet, daß in der Wäldchen Katt- und Schmalzfabrik Oppens sich heute vormittag ein großes Explosionsunglück ereignet hat. Der Geschehen ist unbeschwerlich. Die Zahl der Opfer an Toten und Verwundeten geht in die Hunderte.

Schweres Unterglück. Wie der N. A. aus dem Haag meldet, führte in der Nähe der Amrodschen Fabrik in Heerlenburg ein Kollaps mit 30 Tüchern von einer Heilen Weghöhe ab. Vier Personen wurden tödlich und mehrere leicht verletzt.

Zusammenstoß. Am 19. d. M. gegen 10 Uhr abends fuhr im Bahnhof Dülferich-Gersheim der Personenzug 918 aus Reudersthal kommend auf den im Bahnhof haltenden Personenzug 308 auf. Vier Reisende wurden leicht verletzt. Verkehr ist nicht gestört, Untersuchung ist eingeleitet.

Kaschauer ein einem Geldstreitkräft. In Frankfurt a. M. sollte der 20jährige Fabrikarbeiter Jahn mit Hilfe einer illegalisierten Wohnung der 20jährigen Geliebten der Güter in seine Wohnung und getrennter ihm mit einem Teil den Schatz, worauf er mit den gestohlenen 5000 Mark flüchtete.

Der vergrößerte Betankungsplan. Der N. A. meldet aus Hagen: Ein Heilender, der beschäftigt, den Betrag von 430.000 Kronen nach Deutschland einzuschmuggeln, ließ den Betrag auf der Toilette des Nordwestbahnhofes liegen. Der Finder hat sich nicht gemeldet.

32 000 Gläubiger des Röhntorgens. Im Kriminalgericht zu Wöhrten begann gestern die erste Gläubigervernehmung zum Röhntorgens. Im ganzen haben etwa 32 000 Gläubiger ihre Forderungen angemeldet. Als gegen 10 Uhr die Eingänge zum Subterrann geöffnet wurden, liefen sich unbeschreiblich über den Türen und Aufgangstüren ab. Die Menge drängte mit großer Gewalt nach den Eingängen. Dabei wurden in der Menge befindliche Frauen arg mißhandelt. Zum Teil wurden ihnen die Kleider heruntergerissen.

Verhaftete Inhaber eines verachteten Sportkonsens. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Dresden wurde gestern der Inhaber des verachteten Sportkonsens Kampus, Emil Kampus in Karlsruhe verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis übergeben. Kampus war nach dem Zusammenbruch seines Unternehmens kürzlich geworden. Die Forderungen des Unternehmens dürften zwei Millionen betragen.

Die Brotpreiserhöhung, ihre Ursachen und Vermeidung.

Von Dr. Schmidt-Greders.

Deutschland erliegt für seine Bevölkerung nicht genügend Brotgetreide, weswegen auf die Einfuhr angewiesen sind. Als Hauptlieferländer kamen früher in Betracht die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Kanada und Argentinien für Weizen, Rußland für Roggen. Rußland ist ausgeschlossen. Infolge der Verkleinerung unserer Bevölkerung wird für uns das Getreide aus den anderen Ländern fürchterlich teuer, wobei auch zu beachten ist, daß in diesen Ländern seit 1914 die Produktionskosten und damit die Verkaufspreise sich erhöht haben und die Erträge gesunken sind. Bei völlig freier Getreidewirtschaft ist uns ist es selbstverständlich, daß der Preis für das inländische Getreide sich den Preisen des Auslandes getreides anpassen muß, denn durch Nachfrage und Angebot reguliert sich der Preis. Hier jedoch das z. B. beim Kupfer, für welches eine Zwangswirtschaft ist bestanden. Im Deutschland wird nur ein kleiner Teil des benötigten Kupfers gewonnen; der größte Teil kommt vom Auslande. Weltberühmt ist London. Anfangs September kosteten 100 Kilogramm im London 71 Pf. engl. Gold. 1 Pf. war früher 20 Mark, Anfangs September waren nach dem Kurs 71 Pf. 25 000 Mark. In derselben Zeit kosteten in Deutschland 1000 Kilogramm Kupfer 25 000 Mark. Trotzdem die Gewinnung des inländischen Kupfers nicht auf das 17fache der damaligen Entwertung unseres Geldes gegenüber dem englischen gestiegen war, forderten und belamen unsere Kupferwerke das größte ist die Mansfeld Werke (Gesellschaft) den Weltmarktpreis. Unsere agrarischen Kreise sprechen daher davon, daß auch für das inländische Getreide der Weltmarktpreis gezahlt werden muß. Diese Forderung läßt an dem erheblichen Mangel, daß dabei außer Acht gelassen ist, daß die innere Kaufkraft unseres Geldes eine höhere ist, als die äußere Kaufkraft. Wäßen wir für das inländische Getreide Weltmarktpreise zahlen, dann könnte der Unterschied zwischen innerer und äußerer Kaufkraft unseres Geldes dadurch zum Ausdruck, daß unsere Getreide-Erzugnisse zu hoch, also unbeschäftigte Genüsse wären. Was in den anderen Gewerkschaften, nach unten im Angestellten, Beamten und Arbeitern werden Weltmarktpreis verdient. Eine Ausnahme machen die Roggen, denn deren Preis war schon gegenüber 1914 — nach Abzug der Steuer — auf das 25fache gestiegen und z. B. zu einer Zeit, als der Dollar noch lange nicht auf das 25fache gestiegen war. Dabei haben wir eine Roggenproduktionskraft, d. h. die Verkaufspreise werden am liebsten festgelegt. Doch die Höhe von im Vergleich zu dem 25fache gestiegen sind, stimmt nicht. An den hohen Rohpreisen ist einmal der Umstand schuld, daß wir der Getreide Rohstoffe liefern müssen, welche zum Inlandspreise auf die Reparationen angesetzt werden, und zweitens die Gewinnlust der Erzeuger. Wenn die Inlandspreise aber noch mehr bekannt, dann kann man es schließlich verstehen, daß der Rohpreis, welcher keine Erzeugnisse aus dem Boden entnimmt, eben als ein Weltmarktpreis

preise verdient. Eine Ausnahme machen die Roggen, denn deren Preis war schon gegenüber 1914 — nach Abzug der Steuer — auf das 25fache gestiegen und z. B. zu einer Zeit, als der Dollar noch lange nicht auf das 25fache gestiegen war. Dabei haben wir eine Roggenproduktionskraft, d. h. die Verkaufspreise werden am liebsten festgelegt. Doch die Höhe von im Vergleich zu dem 25fache gestiegen sind, stimmt nicht. An den hohen Rohpreisen ist einmal der Umstand schuld, daß wir der Getreide Rohstoffe liefern müssen, welche zum Inlandspreise auf die Reparationen angesetzt werden, und zweitens die Gewinnlust der Erzeuger. Wenn die Inlandspreise aber noch mehr bekannt, dann kann man es schließlich verstehen, daß der Rohpreis, welcher keine Erzeugnisse aus dem Boden entnimmt, eben als ein Weltmarktpreis

Nützt die Zeit!

Die Zeit vom 18. September bis 2. Oktober muß die fleißigste Vorbereitungszeit sein.

Note Woche

nützt auch auf den Weg, in für die Partei und für die Presse eure Pflicht zu erfüllen.

Neue Anhänger

müssen gewonnen werden für die Sozialdemokratische Partei

neue Leser auch für das Blatt der Arbeit, das Parteiblatt, die „Volksstimme“

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

Jeder, auch die Jugend, stelle seine ganze Kraft zur Verfügung, um unsere Reihen zu stärken. In unerschöpflichen Werbungsdränge müssen wir an Boden gewinnen. Die „Note Woche“ muß zu einem Sturmangriff auf die Indifferenten benutzt werden. Jeder einzelne leiste Pionierarbeit für den Sozialismus und für die Republik.

grüßen. Hingegen hat am genannten Tage in Berlin eine private Besprechung der dort anwesenden preussischen Landtagsabgeordneten stattgefunden, die sich vollkommen über einige Fragen, doch vor Aufbruch der Landtage und vor Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion weitere Schritte in der Frage der Regierungsbildung nicht unternehmen werden könnten.

Vom Wählerbund.

Genf, 20. Sept. (W.Z.). Die dritte Kommission (Abteilung und Blodade) begann heute die Debatte über den Bericht der vorläufigen gemischten Kommission für Klüftungsbeschränkungen, über die das W.Z. getrennt einen ausführlichen Bericht vertritt. Lord Robert Cecil verlangte eine umfassende Verhandlung gegen den Klüftungs-wahlkreis. Im übrigen äußerten sich die Kommissionsmitglieder sehr lebhaft über die Wichtigkeit der klüftigen Beratungen und das System der Umfragen bei den Regierungen. Nach Ansicht Sir H. Williams würden die Regierungen dem Wählerbund niemals Mittelungen über ihre Klüftungen machen, da sie sie ihren eigenen Wählern vorbehalten. Lord Robert Cecil wurde mit der Abfassung eines Berichts über die Verarmung betraut.

Die vierte Kommission (Äußere und Innere Organisation) setzte ihre Beratungen über die finanzielle Verwaltung des Wählerbunds fort. Die dritte Kommission (Äußere und Verfassungsfragen) beschloß in ihrer letzten Sitzung, den internationalen Antrag in nachfolgender Weise entgegenzunehmen: Insetzt den Artikel 21 abzuändern, soll er durch eine Erklärung der Versammlung ergänzt werden, die bestimmte Votomengen zwischen dem Wählerbundsmitgliedern als wählenswert empfiehlt. Die Abfassung der Erklärung soll auf Grund eines von Roblemaire-Französisch vorgelegten Textes durch eine Unterkommission erfolgen.

Kein bevorstehender Ministert des Reichsinnenministers.

In jüngsten Blättern ist in diesen Tagen eine Mitteilung erschienen, daß der künftige Reichsminister des Innern, Dr. Grabauer, demnach aus dem Reichsministerium ausscheiden und den Posten eines künftigen Gesandten in Berlin übernehmen würde. Wie die „W. A. N.“ aus Berlin erfahren, sind solche Pläne allerdings früher erörtert worden; gegenwärtig aber hat Dr. Grabauer zu dieser Frage noch keine Stellung genommen und sein Ausscheiden aus dem Reichsministerium ist zum mindesten nicht als nahe bevorstehend anzusehen.

Gegen Wucher und Spekulationen.

Wien, 20. Sept. (W.Z.). Gegen 12 Uhr mittags versammelten sich am Börsenplatz 800 bis 900 Personen, meist christlich-sozialer Gewerkschaft, um die Klärung und Sühnung der Börse zu verlangen. Die Sicherheitswache verhinderte schwere Ausschreitungen. Eine Abordnung der Demonstranten begab sich zur Polizeidirektion, wo ihr erklärt wurde, daß allen Ungehörigkeiten im Spekulationsum entgegengetreten werden würde. Gestern seien bereits 31 Wucherhändler verhaftet worden. Andererseits würden Vorkehrungen wie der heutige Versuch, gewaltsam in die Börse einzudringen, im Ausland eine sehr üblen Eindruck machen. Die Abordnung betonte darauf die Notwendigkeit, radikale Elemente wurden von der Polizei entfernt.

Notizen.

Müller-Brandenburg Professor bei der künftigen Landespolizei, Major Müller-Brandenburg, der ausgeschiedene Chef der künftigen Landespolizei, ist zum künftigen Minister des Innern ernannt und im Stellen des Professors bei der künftigen Landespolizei beurlaubt worden.

Die wochen nicht Soldaten werden. Die Protekte der Südtiroler gegen die Einbürgerung der Militärsoldaten, insbesondere die jüngste Beschlusse, von Österreichern von 80 Südtiroler Gemeinden, veranlaßte den „Appolo d'Italia“, das Zentralorgan der Faschisten, zu folgender Drohung: Die Faschisten von ganz Italien würden eine Strafexpedition nach Südtirol unternehmen, um die dortigen Wucher über den Brenner zu werfen, wenn die Regierung sie nicht zur Räson bringe.

Gewerbliche Verbot. Das in Gießen kaiserlich-organisierte Verbot von Regimentsoffizieren ist durch eine Gegenüberstellung inoffiziell gemindert worden, als solche Forderungen abgelehnt werden dürfen, wenn gewährleistet werden kann, daß dabei keine weiteren antirepublikanischen Tendenzen ausgedrückt werden.

Eine neue Verhüllung. In der Wörthbacher Bergwerke wurde in Frankfurt Leutnant a. D. Wilhelm Hies verhaftet und nach Offenbach überführt.

Die gegen Österreich gerichtete Wählerbewegung in Ungarn. Die Wählerbewegung in Wien angeht und in Ungarn, daß die Wählerbewegung immer mehr an Umfang zunimmt. Die Zahl der im Rahmen von Einemanger verarmten Angehörigen beträgt nach Schätzungen jetzt schon 80 000.

Die Einbürgerungskommission des Wählerbundes in Berlin. Eine Sonderabordnung der internationalen Kommission, bestehend aus englischen und italienischen Offizieren und Beamten, ist zu den künftigen Angehörigen in Berlin entsandt. Die Delegierten haben Vorbereitungen getroffen, um die Aufgabe der Einbürgerungskommission des Wählerbundes zu erleichtern, die demnach mit eintrifften werden, um an Ort und Stelle die obersteifliche Frage zu klären.

Die Taten im Verdorben. Mustafa Kemal erließ einen Aufruf an die Nation, in dem er meldet, daß die griechische Armee sich abziehen und über den Gebirge zurückgekehrt sei. Die Revolutionären seien der Befreiung der Nation entgegen. Die Taten müßten die Waffen nicht niederlegen, bis dies Ziel nicht völlig erreicht ist.

Wetterbericht.

Donnerstag, 22. Sept.: Ziemlich bewölkt, mild, Regen, viel Regen. Wetter: Fröhlich.

Allgemeine Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung. Die Gewerbesteuerrollen der Stadt Halle für das Rechnungsjahr 1921 liegen vom 23. September bis 2. Oktober 1921 im Stadtmagazin, Rathausstraße 19 1/2, Zimmer 78, zur Einsicht aus. Die Einsichtnahme in die Rollen ist nur den Steuerpflichtigen bewilligt. Halle, den 16. September 1921. Der Magistrat.

Bekanntmachung. Die Mehrerwerbsrollen gehen bis 10. Oktober gegen Nr. 805 des Warenbeschlusses Nr. 33 in 800 G. Auszahlungsmittel zum Preise von 0,70 Mark für 100 G. ab. Inhaltsverzeichnis in bisheriger Weise. Die eingemerkten Warenbeschlüsse sind im Stadtmagazin, Rathausstraße 19 1/2, Zimmer 78, zur Einsicht aus. Halle, den 16. September 1921. Der Magistrat.

Halle
Restaurants, Kaffee, Vergnügen

Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wuchererstr. 76, Ecke Lessingstr. Weinstuben, Gr. Ulrichstr. 39.

3 Könige, A. Stretcher, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7. Konzert- und Künstlerhaus. Auftreten erster Kräfte. Anlang 7 Uhr.

Fledermaus-Weinstuben und Bar, Gr. Ulrichstr. 44. Täglich Künstler-Konzert. Benno Krüger. Telefon 4313.

Promenaden-Kaffeehaus Café Roland am Leipziger Turm. Täglich Konzerte. Täglich Künstler-Konzert.

Prinzess-Theater Schmeerstr. 5. Telefon 2063. Albert Buhlmann.

Modernes-Theater Neue Promenade 8. Täglich Kabarett-Varieté. 7 Uhr. Vorträge erster Künstler v. Bühne, Kabarett u. Varieté. Samstags 4 Uhr und Abends 7 Uhr Vorstellung.

Beth's Bunte Bühne Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr. Direktion Rich. Beth. Fernruf 1006. Erstklassiges Kabarett am Platz 1. und 16. Programmwechsel.

Restaurant „Dachrinne“ Mittelstraße 18. Paulchen Jahr.

Bekleidung, Schuhe, Putz usw.

Gelegenheits-Kaufhaus Schmeerstraße 5, nur 1 Treppe. Beste u. billigste Bezugsquelle in Aussteuer-Wäsche, Hemden für Herren und Damen. Jeden Dienstag: Sonderverkauf zu Engrospreisen.

System Konkurrenzlos Inhaber: Herren-Knaben- und Arbeiterbekleidung. Lebzigerstraße 11.

F. C. Wissel, Halle a. S., Markt 11. En gros. Spezialgeschäft für Tuche und Schneiderartikel.

A. Boanning, Steinweg 18. Woll-, Welsch- und Karwaren. Trikotasen, Rieflerröcke, Busen, Rieflerstoffe.

P. Wolff, Telefon 4315, Steinweg 20a. Manufaktur-, Welsch- und Wollwaren.

Gustav Reinsch, Herren-Konfektion, Markt 25.

S. Biletzky Günstiges Angebot in Leinen- und Baumwollwaren. en gros. en detail. Leipzigerstr. 103. 1. Etg.

Gustav Grimm Zentraler Seife, Kämmen, Haarschm. usw. Steinweg 19a.

C. Barthel Feine Herrenartikel. Leipzigerstraße 14.

Phil. Hozl Hutmacherei, HL Ulrichstr. 21.

Leipziger Hut-Preß-Anstalt Paul Blau, Schmeerstraße 22.

Franz Schmidt Spezial-Damen-Putz, Geiststraße 15 (Ader-Apothek). Telefon 4564.

Strassburger Hutbazar, Leipzigerstraße 15. Herren-Hüte, und Mützen in grosser Auswahl.

Schuhhaus Dietze Untere Gr. Steinstraße 13.

Schuhhaus Roland Steinweg 19. Haus stabiler Schuhwaren.

Gebürder Deinschläger, Schuhwarenhaus, Leipzigerstraße 16.

Schuhhaus Günther Grosse Ulrichstraße 50 - Telefon 5571.

LEBENS- u. Genussmittel, Zigarren, Tabak usw.

A. Wagenknecht Obere Leipzigerstraße 61-62. Feinste Feinbrot u. Schokoladen.

Alb. Gentzsch G. m. b. H. Schokolade, Zuckerwaren. Filialen in allen Stadtteilen.

Libelle! Kleinkunst-Bühne

Leonhardt & Schlesinger Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte Grosse Ulrichstraße 131/15.

Theodor Domann, Alleiniger Vertreter des Int. Möbel-T-V. für Halle und Umgegend, Ludwig-Wucherer-Str. 30. Fernruf 6256. Möbeltransport - Verpackung - Lagerung.

Teichers Möbelgeschäft, Große Steinstraße 42, I. Fernsprecher 3878. Einzelne Möbel und ganze Wohnungs-Einrichtungen - auch gebrauchte ausser billig.

Gebr. A. & H. Loesch Gr. Ulrichstraße 38, Steinweg 30, Fernruf 1913. Wollwaren - Trikotasen - Herrenartikel.

Alte Promenade II. Tel. 6492 Dir.: Erich Diester. Jeden 1. und 15. neue Kunstkräfte.

Alb. Fritsche, Taubenstraße 25. Telefon 6639 und 4438. en gros **Lederhandlung** an detail **Massispeperl**.

Sündig grosse Lager aller Lederwaren für Schuhmacher, Sattler, Pantinen- und Pantoffelmacher, technische Leder, Treibriemen, Möbelleider, Tischleder etc.

Moritz Kade Nachfolger Gross-Destillation und Weinhandlung Charlottenstraße 11. Gegründet 1841.

Max Ott Steinweg 26. Drogen, Farben, Parfümerien.

Herbert Winkler Nachf. Inhaber: Otto Morike. Zigarren, Zigaretten und Tabak-Import. Dessauerstr. 2, am Rosenplatz.

G. Fehling Billigste Bezugsquelle für Tabak-Fabrikate. Gr. Steinstraße 84.

Allgemeines

N. Fuchs Möbelhaus Gr. Ulrichstraße 53 I., II., III. Etage. Fernruf 1216. Ganze Wohnanordnungen sowie einzelne Möbel in grosser Auswahl. Auf Wunsch bequeme Teilzahlung. Kredit auch nach auswärts.

Th. Pollack Möbelhaus, Grosse Ulrichstr. 3.

Friedrich Schrioth Möbelhaus u. kleine Ulrichstraße 94. Möbelschmuck, H. Bergmann, Inh.: A. Ebeling, Fielescherstr. 30/31. Telefon 2382. Gegr. 1873.

„Reformbad“, Kl. Klausstr. 14, Licht- u. Wasserbehandlung, med. Bäder, Massage.

Fahrrad Krause, Fahrlehrer-Ersteinstelle. Eigene Reparaturwerkstatt. Nur Kl. Ulrichstr. 18a, am Astoria. Telefon 3242.

Adler-Fahrräder Bärenfänger & Co., Gr. Ulrichstraße 12.

Xaver Herz, Geiststraße 65, Ecke Neumarktstrasse, Regenschirme, Spezialröcke, Tabakpfeifen und Lederwaren.

Max Rädler, Rannischstr. 2. Farben, Lacke für den Haushalt, Emaille-Lack für Küchenmöbel, Fussbodenlacke, über Nacht trocknend (Friedens-Quallit).

Herm. Schmidt, Geiststraße 23. Leder-Ausschnitt und Schuh-Bed.-Artikel.

Buchmann & Co., G. m. b. H., Dessauerstraße 53. Fernruf 1471 u. 4637. Kohlen - Holz - Baumaterialien.

Haring & Strache, Dessauerstraße 51, Telefon 6614. Nutz- u. Grubenhörner Tischler- u. Glaserholz.

W. Propper G. m. b. H. Fernspr. 4540/6000. (Mogelbergstr. 75) Lagerplatz 12/13. (M. W.) Kohlen-Koks-Brennholz.

Wilhelm Schubert's Stempelfabrik Schilde - Gravierungen - Abzeichen. Leipzigerstraße 58 - Fernruf 4033.

Max Turner, Geiststr. 55, Obere Leipzigerstrasse 66. Gegr. 1867. Nur Qualitäts-Solinger Strahler, Schleiferei, -Reparaturen.

Emil Herz, Leipzigerstraße 45. Schirme, Stöcke, Pfeifen und Lederwaren.

Herm. Müller I. und ältestes Spezial-Steinwarenhaus, Gr. Steinstraße 1-2, Leipzigerstr. 30, Schmeerstr. 7-8.

Färberei Galgenberg Dampfwascherei. Chemische Reinigung. - Fernruf 6595. Älteste und grösste Wäscherei am Platz. Eigene Läden.

Ludwig-Wuchererstr. 75 Markt 13. Riesenstr. 7. Steinweg 25. Gr. Steinstr. 56. Geleisstrasse 6. Königr. 23.

Müller's Wasch- und Plättanstalt Fielescherstr. 1. Fernruf 2545. Ecke Geleisstr. Spezialität: Feine Herrenstrickwäsche.

Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Frieden“ Hermann Gericke. Fielescherstrasse 10/11. Telefon Nr. 2557.

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutz. Kruckenbergsstrasse 7. Gegenüber den Kliniken. Telefon 5920. Eines Geschir.

Kaufe bei Alex Michel.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan der Volksstimme. (Musterschutz)

Fahrplan der Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Halle	ab	444	544	644	630	900	1100	100	200	300	400	500	600	700	800	900	1000
Döläuer Heide	ab	544	644	700	630	916	1116	115	216	316	415	516	616	716	816	916	1016
Cölme	ab	544	an	644	an	904	1104	204	304	404	504	604	704	804	904	1004	1104
Hettstedt	an	544	an	644	an	918	1118	218	318	418	518	618	718	818	918	1018	1118
				W	W	W	S		S	S							

Hettstedt	ab	544	644	700	630	912	1112	12	112	212	312	412	512	612	712	812	912
Gerbstedt	ab	644	700	734	630	912	1112	212	312	412	512	612	712	812	912	1012	1112
Cölme	ab	644	700	734	630	912	1112	212	312	412	512	612	712	812	912	1012	1112
Döläuer Heide	ab	644	700	734	630	912	1112	212	312	412	512	612	712	812	912	1012	1112
Halle	an	644	700	734	630	912	1112	212	312	412	512	612	712	812	912	1012	1112
				W	W	W	S		S	S							

Abfahrt d. Züge Lauchstedt-Schlettau und Merseburg-Schafstädt u. zurück

614	128	630	an	Halle	ab	830	136	644	124	530	630	844	an	Merseburg	ab	418	130	612
544	104	538	an	Schlettau	ab	1040	200	638	124	436	434	644	an	Lauchstädt	ab	842	202	642
534	128	418	an	Lauchstedt	ab	1118	218	642	120	416	414	644	an	Schafstädt	ab	902	212	642
				W	W	W	ab			W	W	S				S	W	W

W - Wochentags, S - Sonntags.

Alles wird teuer — S. Weiß bleibt billig.

Paul Richter Steinweg 53. Telefon 2079. Kolonialwaren: Spirituosen, Wein, Tabak und Zigarren.

Hermann Hartick, Leipziger Kolonialwaren Spirituosen Weine. Strasse 38.

F. Baumgärtel, Inh.: H. Zander. Kolonialwaren - Drogerie Lessingstr. 26. Telefon 6340.

Otto Thürmer Kolonialwaren Weine Delikatessen. Telefon 5142 - Friedrichsplatz 9.

Sprengel & Rink Delikatessen und Weinhandlung. Leipzigerstrasse 2 - Telefon 6414.

Paul Schlaack Nachf., Geiststr. 13. Inhaber: Otto Stawnow. Rind- u. Schweineschlächterei, Wurstfabrik. Spezialität: Ausschitt feiner Fleischwaren. Hallesche Roh- und Leberwurst. Telefon 1021.

Hamburger Zigarren-Börse, Brandenburgerstr. 1. Hauptgeschäft: Leipzigerstr. Neue Promenade 16 Zweiggeschäft: Delitzscherstr. 3 (Pfeudenhof). Fernspr. 497-5001. Beste Bezugsquelle in Wiederverk.

„Brasella“, Zigarettenfabrik. Berlinerstraße 6. - Telefon 3227. Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Heinz Gronenberg, Tabakfabrikate - Grosshandlung, Gr. Ulrichstraße 27. Fernsprecher 4624. Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Max Schmidt, Leipzigerstraße 68. Grosses Lager in Zigarren, Zigaretten und Tabaken.

Otto Mertens, Gr. Steinstraße 32. nebst d. Viktorie-Apothek. Gr. Ausw. in Zigarren, Zigaretten u. Tabaken. Tel. 5150.

Fr. Hutzelmann Inhaber: Karl Dannenberg. Zigarren- und Tabak-Handlung. Berliner Strasse 3a.

Leipziger Tabakhaus

Telef. 4721. **LETACO** G. m. b. H. Hauptgeschäft: **Mauerstr. 1** am Franckenplatz. 2. Geschäft: **Kohlshütterstr. 1**, Eingang Reilstr. 3. Geschäft: **Triftstrasse 5**. Gewaltiges Lager in Zigarren, Zigaretten. Besonders große Spezialität: **Rauchtabak**.

Karl Schneider, Gr. Ulrichstr. 25. Ecke Alte Promenade. Zigarren-Spezial-Geschäft. Tel. 2339. Tel. 2339.

G. Hennicke, Zigarren-Börse. Billig und gut. Berlinerstrasse 32, gegenüber der Turnhalle.

Emil Friedrich, Zigarren-Versandhaus en gros en detail. Friesenstrasse 22. Telefon 2721.

Max Schurig, Zigarren Zigaretten - und Tabake. Friedrichsplatz 4, Ecke Albrechtsstrasse.

Tabakbörse Kurt Hafermalz, Zigarren, Zigaretten und Tabake. Preiswert und gut. Kohlshütterstrasse 9.

Paul Schmidt, Zigarren- u. Zigaretten-Importeur. Geleisstrasse 22. Telefon 4819. Triftstrasse 5.

G. Schnabel, Inh. Paul Rost. Fluss- u. Seefischhandlung. Telefon 2728. Nur Bernburgerstr. 17.

Alfr. Nürnberg, Obad und Südrüchte. Leipzigerstraße 45.

Carl Brühl, Zigarren, Zigaretten, Tabake Sternstraße 3.

Tabakhaus Albrecht. Geleisstraße 15.

F. W. Grupe Marktplatz 15. Zigarren, Postkart., Romane

Moritz Rosewitz, Steinweg 7. Herren-Artikel Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.